

Problem Hausbesetzung
Der friedliche Weg ist der Weg der Vernunft.

Angesichts der zahlreichen Hausbesetzungen und auch einzelner Straftaten, die von besetzten Häusern aus in den vergangenen Monaten begangen worden sind, fragen sich in diesen Tagen viele Berliner:

Kann in dieser Stadt jeder machen, was er will? Warum greift der Senat nicht mit harter Hand durch und räumt einfach alle besetzten Häuser?

Das Problem: Leerstand tausender Wohnungen

Der monatelange, oft jahrelange Leerstand tausender Wohnungen in Berlin ist ein Skandal. Die „Instandbesetzer" haben durch ihre Aktionen auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht. Klar ist: Auch gewaltlose Hausbesetzungen sind rechtswidrig. Ebenso klar ist: Straftaten sind zur Lösung von Problemen völlig ungeeiget. Sie müssen nach Recht und Gesetz verfolgt werden. Aber allein mit Polizei und Paragraphen sind die Probleme des Wohnungsmarktes nicht zu lösen.

Die CDU ist in der Frage der Hausbesetzer gespalten

Große Teile der CDU, z.B. ihr sicherheitspolitischer Sprecher (und auch einige Kommentatoren der Springer-Zeitungen), fordern eine Politik des Durchgreifens gegen die Instandbesetzer. Andere Christdemokraten sehen das anders. Wir meinen, Richard von Weizsäcker hat recht, wenn er sagt „es hat keinen Sinn, unter den heutigen Bedingungen in Berlin-Kreuzberg ein Haus räumen zu lassen, wenn 50 leere danebenstehen. Gerade in Kreuzberg läßt sich die Durchsetzung des Rechts nur mit einer kurz- und mittelfristig geänderten Wohnungspolitik erreichen."

Der Senat hat wohnungspolitisch gehandelt

Der Senat unter Führung des Sozialdemokraten Dr. Vogel hat – sofort nach seiner Vereidigung Ende Januar – rasch, verantwortungsvoll und wirksam gehandelt: eine ganze Reihe wohnungspolitischer Beschlüsse werden den Wohnungsleerstand erheblich verringern und dem Problem des Wohnungsmangels auf eine Weise zu Leibe rücken, die sich mehr an den Bedürfnissen der Mieter orientiert als das bisher der Fall war.

Eine vernünftige Wohnungspolitik baut die Ursachen des Protestes mittelfristig ab!

Der Verfassungsgrundsatz der „Verhältnismäßigkeit der Mittel"

Selbstverständlich werden Straftaten, die aus besetzten Häusern heraus verübt werden, weiterhin verfolgt. Diese Straftaten sind drastisch zurückgegangen. Die unterschiedlose polizeiliche Räumung aller besetzten Wohnungen würde nichts nützen, aber viele Schäden zur Folge haben.

Die Zahl der in einem solchen Fall verletzten Bürger und Polizisten und die Größe der zu erwartenden Sachbeschädigungen stände in keinem Verhältnis zum Nutzen. Im Verfassungsgrundsatz der „Verhältnismäßigkeit der Mittel" findet diese Politik ihren rechtlichen Ausdruck. Der Innensenator hat klargemacht, wann die Polizei eingreift: wenn Straftaten aus und in Häusern begangen werden und wenn bei einem Haus Modernisierungsmaßnahmen oder aber der genehmigte Abriß unmittelbar bevorstehen. Nicht aber, wenn das Haus nur weiter leerstehen würde.

Das Verhalten des Senats in der Frage der Instandbesetzungen entspricht der Verfassung.

- Nach dem Grundsatz der „Verhältnismäßigkeit der Mittel" handelte in jüngster Zeit die niedersächsische CDU-Regierung in Göttingen.
- Die Anwendung dieses Grundsatzes in der Frage der Räumung oder Durchsuchung besetzter Wohnungen fordert auch – bundesweit – die Junge Union.
- Und der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, befahl keinen Polizeieinsatz gegen die 50 000 Brokdorf-Demonstranten, obwohl die Demonstration verboten war. Dies war kein 50 000facher Rechtsbruch. Stoltenberg wußte: Schwerverletzte und Tote wären ein zu hoher Preis für die Durchsetzung des Demonstrationsverbotes. Der CDU-Ministerpräsident handelte rechtmäßig – gestützt auf den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit.

  Anders in Bayern: Dort wurden 141 Kinder und Jugendliche tagelang eingesperrt, nachdem einige Schaufensterscheiben in Bruch gegangen waren. Zu Bruch gegangen ist dabei am Ende Vertrauen. Wer hätte kein Verständnis für den Protest der betroffenen Eltern.

  Göttingen, Brokdorf und Nürnberg sollten der Berliner CDU zu denken geben.

Wir brauchen die Vernunft aller Beteiligten

Wir Sozialdemokraten appellieren an die Berliner: Lassen Sie sich von „Durchgreif-Parolen" nicht beirren. Der Berliner SPD geht mit dem Regierenden Bürgermeister Dr. Vogel den Weg des Rechts u n d der friedlichen Konfliktlösung.

Eine wirkliche Lösung der Probleme ist nur auf friedlichem Wege zu erwarten. Der friedliche Weg ist der Weg der Vernunft. Wir brauchen die Vernunft. Und zwar die a l l e r Beteiligten.

Berliner Sozialdemokraten